



Unsolidarisch und egoistisch sind die Linken!

Sprachliche Verschleierung der Machtverhältnisse

Es war schon immer eines der Merkmale der herrschenden Klasse, dass sie ihre Macht nicht zur Schau stellte, sondern eher diskret verschleierte. Es war denn auch immer eine wichtige propagandistische Aufgabe der Linken, diese Machtverhältnisse transparent zu machen und zu denunzieren. Wahrscheinlich noch nie wie in den letzten Jahren ist die Verschleierung der Machtverhältnisse so aggressiv und systematisch getätigt worden wie heute.

Bruno Bollinger

Wir erleben es mittlerweile bei jeder sozialen Auseinandersetzung: Die Linken sind die Unsolidarischen, die Egoisten, jene die den Sozialstaat kaputt machen, ja sogar jene, die an der Krise schuld sind (FDP-Präsident Steinegger). Das letzte Beispiel haben wir bei der Auseinandersetzung um den dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung im September 1997 erlebt: Wir haben alles eingerechnet mehr als 200'000

Arbeitslose, von denen sicher 90% ihre Stelle verloren haben, weil sie entlassen worden sind. Viele Unternehmen haben sich mit Entlassungen auf Kosten der Allgemeinheit (d.h. der Arbeitslosenversicherung) "saniert". Die hohe Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen (Invalidisierung, Krankheiten, Frühpensionierungen, usw.) ist der Hauptgrund dafür, dass der "Sozialstaat explodiert". Nun führen die politischen VertreterInnen jener, die sich auf Kosten der Arbeitslosenversicherung saniert haben, eine heftige Kampagne gegen den Sozialstaat, der nicht mehr finanzierbar sei. Dies alles mit der scheinheiligen Begründung, dass sie damit die Zukunft der Sozialwerke absichern wollen, um zu verhindern, dass die Nachfolgegenerationen nichts mehr davon hätten und nur noch die Schulden bezahlen müssten.

Unmoralische Aktiengewinne?

Viele jener Betriebe, die sich mit Entlassungen "saniert" haben, erziel-

ten in der Krise massive Aktiengewinne. Gewinne, die bekanntlich in der Schweiz nicht besteuert werden müssen, so dass dem Staat wichtige Mehreinnahmen entzogen werden. Aber eben, fette Aktiengewinne zu erzielen, sei heute nicht unmoralisch. "In Tat und Wahrheit spielen Aktien aber eine zentrale Rolle in jeder freien Marktwirtschaft", stellt die BZ-Trust des wohl bekanntesten Schweizer Aktienspekulanten Martin Ebner in einer Werbebroschüre (März '97) fest. "In gewissen Kreisen macht man sich gern ein verzerrtes, fast noch klassenkämpferisches Bild vom vermeintlich typischen Aktionär, einem rücksichtslosen Ausbeuter und Spekulanten." Dazu passt der Zwischenruf des Vertreters der Wirtschaftsförderung in der Arena-Sendung vom 26. September 1997, ein Grossteil der Aktiengewinne sei von den Pensionskassen erzielt worden.

Die Shareholder Values seien ja heute der Motor der Wirtschaft. "Das Streben nach einer langfristig maximalen Eigenkapitalrendite zahlt sich

nicht nur für die Aktionäre aus. Die Mitarbeiter, die Gesellschaft und der Staat profitieren genauso, denn nur profitable Unternehmen können sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Gewinnmaximierung ist somit in letzter Konsequenz das Sozialste, was ein Unternehmen leisten kann." (BZ-Trust)

Unmoralisch ist nicht eigentlich das Erzielen von Aktiengewinnen, sondern dass dafür keine Steuern bezahlt werden. Rücksichtslos ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern dass sie auf Kosten der Arbeitenden erzielt wird.

In einem Inserat des "ALV-Abbau-Komitees" wird unter dem Titel "Was heisst hier unsolidarisch?" dargelegt, dass "rund 7% der Bevölkerung mit steuerbarem Einkommen über 100'000 Franken 61,99% zu den direkten Bundessteuern beitragen." Egoisten sind jene, die von den Reichen noch mehr "Opfer" verlangen, diese würden nämlich schon mehr als genug bezahlen. Dass der Reichtum dieser aber durch die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung zusammengekommen ist, wird einfach verschwiegen.

Die "Strategie der Umkehr"

Wir haben nun zwei wichtige Elemente jener "Strategie der Umkehr" gesehen, mit der Begriffe umgedeutet werden. Seit dem Fall der Berliner Mauer wird die "freie Marktwirtschaft" als die einzig mögliche Gesellschaftsform dargestellt: Arbeitslosigkeit ist etwas Natürliches. Schuld daran sind nicht die Arbeitgeber, die unfähig sind, genügend Arbeitsplätze für alle zu schaffen, schuld daran sind die Arbeitenden, die unflexibel und teuer sind. Das zweite Element ist, dass der Staat im Rahmen des Möglichen für die Schwächeren aufkommen muss, dies muss aber in Grenzen gehalten werden. Umformuliert wird damit die Hauptfunktion des Sozialstaates, nämlich mittels direkter Steuern einen Teil des Reichtums der Wohlhabenden zugunsten der Arbeitenden umzuverteilen.

Eine regelrechte ideologische Offensive der Unternehmer und Bürgerlichen ist im Gange. Ein wichtiges Element dieser Strategie ist die sprachliche Verschleierung. Viele Begriffe werden positiv besetzt. Die Schlag-

wörter dazu sind: Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung – alles Begriffe, die seit Jahren systematisch positiv besetzt werden. Gesetze und Verträge müssen dereguliert werden, damit lästige, unnötige und behindernde Fesseln wegfallen; Gesamtarbeitsverträge müssen entschlackt werden, denn sie behindern die Freiheit der Einzelnen; nur privatisierte Betriebe rentieren, Staatsbetriebe seien hingegen unwirtschaftlich und defizitär; und heute müsse man einfach flexibel sein, sonst hätten wir keine Chance, um auf dem Weltmarkt zu bestehen. Und als praktisch einzige Begründung für dies alles wird das Schreckgespenst der Globalisierung benützt, die uns zu all dem zwingt.

Die "hohen Lohnkosten"

Ein schönes Beispiel für die sprachliche Umkehrung sind die Lohnkosten. Es wird uns systematisch eingehämmert, dass die Lohnkosten in der Schweiz zu hoch seien und dass dies ein grosser Standortnachteil für die Schweizer Wirtschaft sei. So dass heute auch viele Arbeitende denken, sie selber seien "hohe Lohnkosten".

In dieser Frage ist es den Arbeitgebern und ihren Ideologen gelungen, eine Wende zu vollbringen. Vor noch nicht allzulanger Zeit argumentierten die Arbeitgeber defensiver gegen Lohnerhöhungen. Sie mussten eigentlich rechtfertigen, wieso sie den Arbeitenden einen grossen Teil von dem Reichtum vorenthielten, den diese erarbeitet hatten. Nun können Unternehmer selbstsicher so tun, wie wenn sie es wären, die den Reichtum herbeiorganisieren und wie wenn die Lohnabhängigen eigentlich froh sein müssten, dass sie etwas davon erhielten.

Aber dennoch ist es trotz Globalisierung immer noch so, dass nicht das Geld arbeitet (auch nicht bei den Kantonalbänken), sondern dass die Arbeitenden den gesamten Reichtum erschaffen. Diese einfache Grunderkenntnis muss wieder aufgezeigt werden. Die Arbeitenden sollten nicht darüber nachdenken, wieviel sie kosten, sondern erkennen, wieviel wert sie sind. Denn Löhne sind keine Kosten, sondern eine ungenügende Entschädigung für die geleistete Arbeit.

Übrigens: Wieso spricht denn niemand von den "Aktienkosten"?

Die einzige Frage, in der diese Umkehr noch nicht gelungen ist, ist die Frage der Gleichberechtigung. Es ist allgemein anerkannt, dass Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts heute nicht nur ungesetzlich sind, sondern auch ungerecht.

Markt über alles

Mit dieser Offensive ist es den Machthabern gelungen, einen fast totalen Sieg in der Legitimierung des Marktes zu erzielen. Der einzige Grund für das Funktionieren der Wirtschaft sei der Markt. Dieser werde von sich aus alle Probleme lösen, auch jenes der Arbeitslosigkeit. "Freie Marktwirtschaft" über alles, auch wenn die Kapitalkonzentration mit Fusionen, Zusammenlegungen und Aufkaufen immer stärker wird und damit die Konkurrenz immer kleiner.

Die "Strategie der Umkehr" wird mit der "Tina-Strategie" ("There is no alternative") ergänzt. Zur freien Marktwirtschaft gäbe es heute keine Alternative. Es besteht heute auch keine Legitimität mehr darüber nachzudenken, ob es sozialere, menschengerechtere Wirtschaftsformen gäbe.

Die Absicht der Mächtigen ist dabei klar, unabhängig davon, ob sie es bewusst machen oder nicht: Die soziale Realität soll als naturgegeben hingestellt werden, also nicht veränderbar. Damit findet die wichtigste Verschleierung statt, nämlich dass die Machtverhältnisse nichts anderes als der direkte Ausdruck der herrschenden Kräfteverhältnisse sind.

Die Linke hat hier wieder einiges zu tun. Die soziale Frage soll nicht nur als historische Verpflichtung weiter verfolgt werden. Sie soll wieder zentral werden, weil um diese die Frage der Machtverhältnisse entschieden wird, was für alle anderen politischen und gesellschaftlichen Fragen von grosser Bedeutung ist. Also Kolleginnen und Kollegen, wieder mehr Mut, um die sozialen Ungerechtigkeiten beim Namen zu nennen, auch wenn wir dabei als "Ewiggestrige" diffamiert werden. Nur so werden wir die Zukunft mitgestalten können.